

Editorial

Es braucht politische Antworten statt Repression gegen Ausländer

Wollen wir eine Zweiklassenjustiz, in der es für den ausländischen Teil der Bevölkerung nur noch Rechtsprechungsautomaten statt Richter gibt, die auch Tat und Lebensumstände beurteilen? Und soll die Schweiz, die als Kleinstaat auf die Gültigkeit internationaler Abkommen angewiesen ist, ebensolche – Menschenrechtskonvention, bilaterale Verträge – kurzerhand missachten? Und wollen wir das alles, allein

um sicherzustellen, dass Bagatelldelikte das Land auch wirklich verlassen müssen?

«Spitzenverbände verkaufen sich für die Steuerpolitik an die SVP»

Die Abstimmung über die Durchsetzungsinitiative wird zum Testfall.

Am 28. Februar geht es um mehr als die Frage, wie konsequent Personen ohne Schweizer Pass des Landes verwiesen werden sollen. Es

geht um eine Grundsatzfrage: Wollen wir im Namen der konservativen Wende, von Law and Order und Nulltoleranz gegen Ausländer fundamentale Errungenschaften unseres Rechtsstaates und unserer Demokratie wie Verhältnismässigkeit und Gewaltenteilung ausser Kraft setzen?

Der Abstimmungskampf ist auch ein Testfall für das Verantwortungsbewusstsein unserer Wirtschaft. Teile der Wirtschaftselite haben verstanden, dass sie den Angriff auf Rechtsgleichheit, Gewaltenteilung, die stabilisierende Kraft des Parlaments und die ausserpolitische Verlässlichkeit nicht dulden dürfen, weil gerade diese Faktoren für ihre Stärke und Konkurrenzfähigkeit unerlässlich sind. Aber die Spitzenverbände wie Economiesuisse halten sich im Hintergrund oder, wie der Gewerbeverband, gänzlich still. Verantwortunglos verkaufen sie sich mitsamt ihren Werten und Trümpfen an die SVP, nur um sich die Volkspartei als Partnerin in finanz- oder sozialpolitischen Fragen zu sichern.

Es ist aber auch ein Testfall für die Glaubwürdigkeit der Politik. Es braucht nicht mal ein Ja am 28. Februar. Schon die Debatte und die Umfragen zur Durchsetzungsinitiative zeigen, dass zu viele aus Angst vor Sicherheitsverlust bereit sind, die bisher unbestrittenen Grundwerte unseres Landes anzugreifen, obwohl kein relevanter Sicherheitsgewinn winkt. Schon vor zwei Jahren hat eine Mehrheit die Masseneinwanderungsinitiative angenommen, obwohl alle wussten, dass wir uns eine signifikante Reduktion der Immigration wirtschaftlich gar nicht leisten können und dass die von der SVP geforderten Kontingente die Probleme nicht lösen würden.

Das Gefühl wachsender Ohnmacht und bedrohter Sicherheit angesichts rasender wirtschaftlicher Entwicklung und kaum zu kontrollierender Migrationsströme ruft nach politischen Antworten. Die müssen wohl sozialer und integrationspolitischer Art sein. Sonst werden weitere Forderungen nach Rigidität gegen Ausländer kommen, die keine Probleme lösen, sondern nur neue schaffen.



Denis von Burg, Politikchef

denis.vonburg@sonntagszeitung.ch
www.facebook.com/sonntagszeitung

55 Prozent sagen Ja zur SVP-Initiative

Die Umfrage der SonntagsZeitung zeigt, dass die Zustimmung zur Durchsetzungsinitiative bröckelt. Kantone und Verbände formieren sich zum Widerstand

Denis von Burg und Reza Rafi

Bern Würde heute über die Durchsetzungsinitiative abgestimmt, wären 55 Prozent der Stimmbürger für das SVP-Ansinnen. Das ergibt eine repräsentative Meinungsumfrage, welche das Institut Marketagent.com im Auftrag der SonntagsZeitung Mitte Dezember durchgeführt hat. Gemäss dieser Erhebung sind 20,5 Prozent noch unentschieden. Nur gerade 24,5 Prozent würden Nein sagen zum Volksbegehren, das eine automatische Ausschaffung von straffällig gewordenen Ausländern selbst bei Bagatelldelikten verlangt. Zwei Monate vor der Abstimmung

am 28. Februar sind das alles andere als rosige Aussichten für Bundesrat und Parlamentsmehrheit, welche die Initiative bekämpfen – auch wenn ein Sieg der SVP noch nicht in Stein gemeisselt ist; die Details der Umfrage zeigen, dass die Haltung der Stimmbürger keineswegs unverrückbar ist.

Aus Sorge um die Bilateralen macht die Wirtschaft doch mit

Im Oktober hatten sich in einer ähnlich angelegten Studie noch 66 Prozent bestimmt oder wahrscheinlich für die Initiative ausgesprochen. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, dass der Anteil Nein-Stimmen zur Durchsetzungsini-



Auch kleine Delikte sind ein Grund für die Ausschaffung

Die im November 2010 angenommene Ausschaffungsinitiative verlangt, dass Personen ohne Schweizer Pass das Land verlassen müssen, wenn sie ein schweres Delikt begangen haben. Im Frühling 2015 einigt sich das Parlament auf eine Umsetzung, die den Forderungen der SVP weit entgegenkommt und einen abschliessenden Katalog von Delikten auflistet, die zur Ausschaffung führen sollen. Gleichzeitig wurde eine Härtefallklausel eingeführt, die dem Richter ermöglicht, in der Schweiz aufgewachsene Personen bei leichten Delikten in Ausnahme-

fällen von der Ausschaffung zu verschonen. Mit der Durchsetzungsinitiative, die am 28. Februar vors Volk kommt, will die SVP jetzt auch diese Härtefallklausel verhindern, den Richtern jeglichen Spielraum nehmen und den Delikt-katalog auch um leichte Vergehen erweitern. Würde die Durchsetzungsinitiative angenommen, müsste beispielsweise auch ein Secundo ausgewiesen werden, der in seiner Jugend wegen einer Sprayerei und einige Jahre später wegen eines Nachbarschaftstreits verurteilt wird.

«Diese Vorlage ist ein kleiner Staatsstreich»

Economiesuisse sei auf die SVP reingefallen, sagt FDP-Ständerat Caroni zur Durchsetzungsinitiative

Bern Der Ausserrhodner FDP-Ständerat Andrea Caroni ist Co-Präsident des bürgerlichen Nein-Komitees gegen die SVP-Durchsetzungsinitiative.

Economiesuisse, Arbeitgeber- und Gewerbeverband zahlen keinen Rappen für den Abstimmungskampf. Fühlten Sie sich von der Wirtschaft im Stich gelassen, als Sie das erfuhren?

Diese Verbände sehen die wirtschaftspolitische Relevanz der Initiative nicht oder unterschätzen sie. Das ist sehr schade. Erfreulich ist, dass Swissemem und Interpharma in die Lücke springen.

Worin liegt denn die Relevanz? Die Vorlage ist ein Trojanisches Pferd. Darauf sind wichtige Verbände offenbar reingefallen.

Wie meinen Sie das? Die Initiative kommt als blosse Umsetzungsbegriffung als re-



Caroni: «Eine Maschine, die das System der Schweiz umpflügt»

ne Ausländervorlage daher, gefährdet den Wirtschaftsstandort Schweiz aber gleich dreifach: Erstens trifft die Vorlage etwa den langjährigen deutschen Spezialisten, der einmal Kinderzulagen ungenau abrechnet. Als Arbeitgeber leben Sie also ständig mit dem Damoklesschwert über dem Kopf, dass ihr Angestellter, wenn er mit dem Gesetz auch nur leicht in Konflikt kommt, das Land verlassen muss. Zweitens ist das Ansinnen ein weiterer, unnötiger Angriff auf die Bilateralen.

Was die Gegenseite jetzt bestreiten würde.

Es ist so. Wir müssen wegen der Masseneinwanderungs-Initiative schon jetzt mit Brüssel die Quadratur des Kreises schaffen. Und nun sollen wir der EU klarmachen, dass wir ihre Bürger wegen Bagatelldelikten aus dem Land werfen und so unsere Abkommen gleich nochmals verletzen?

Und drittens?

Die SVP hat mit dem Konzept der Durchsetzungsinitiative eine Maschine entwickelt, die das System der Schweiz umpflügt. Sie gefährdet damit die politische Stabilität des Landes, einen zentralen Vorteil des Standortes Schweiz. Diese Vorlage ist ein kleiner Staatsstreich.

Ein grosses Wort!

Unter dem Deckmantel der Ausländerpolitik fährt die Partei mehrere Angriffe auf unsere Institutionen, die als einzelne Initiativen chancenlos wären: Wollen wir die Gerichte abschaffen? Wollen wir die Gesetzgebung durch das Parlament abschaffen? Wollen wir die Europäische Menschenrechtskonvention aufkündigen? Das Volk würde wohl zu all dem Nein sagen. Ich hoffe sehr, es lehnt auch diese Initiative ab. Sie sieht harmlos aus, ist aber brandgefährlich. Reza Rafi